

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden
Vertriebs-Commissar: 25 241
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 75,-
Stagesammlungen M. 12,-, Sonntagsausgabe M. 15,-.
Die tägliche Nummer kostet 10 Pf., außerhalb Sachsens 12 Pf., Familien-
anzugehen und Dienstleistungen unter Bezug auf jeden weiteren Heft M. 15,-.
Werbungskosten laut Tarif, Nummer 100/101 in der Druckerei.

Druckerei und Verlagsanstalt
Marianstraße 33/34
Druck u. Verlag von Gschl & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Druck nur mit deutscher Schriftenschrift („Dresdner Schrift“) zulässig. — Anzeigen-Nr. 111 bis 112/113 bis 114/115/116.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Königsdielen
14. Straße
Vornehmes Restaurant

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-U. Prager Straße 23

Die Begrüßung Barthous durch Dr. Wirth.

Das Programm der Berliner Reparationsverhandlungen.

Berlin, 31. Oktober. Heute mit 12 Uhr empfing der Reichskanzler Dr. Wirth die Hauptdelegierten der Reparationskommission zu einer ersten Besprechung, deren Hauptgegenstand

das Programm für die kommenden Verhandlungen ist. Der Kanzler empfing die Delegierten in Gegenwart des Reichswirtschafts- und des Finanzministers. Es wurden bei dem Empfang vom Kanzler und vom Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou Ansprachen gehalten, die auf einen freundlichen Ton gestimmt waren. Der Reichskanzler begrüßte insbesondere den neuernannten Vorsitzenden Herrn Louis Barthou und führte aus, es möge ihm vergnügt sein, sein Amt mit Erfolg für die in der Reparationskommission vertretenen Völker und für Deutschland zu führen. Der Reichskanzler wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuch des Garantekomitees im Juli eingetreten sind, und belegte diese Veränderungen mit vergleichenden Zahlen aus der deutschen Währung und den deutschen Großhandelspreisen.

Das deutsche Volk, dem es an den notwendigen Nahrungsmitteln und an Rohstoffe fehlt, leidet vor einem fürchterlichen Winter des Hungers und der Kälte.

Der bisherige Versuch, aus der kranken deutschen Wirtschaft wirklich große Leistungen herauszuholen, hätte weder Gläubiger noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, erst die kranke Wirtschaft zu heilen. Deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Die Stabilisierung der Währung wird von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Er begrüßt die Mitteilung der Reparationskommission, daß Gegenstand der Berliner Verhandlungen die Stabilisierung der Mark und der Ausgleich des Budgets sein sollen. Die Hauptaufgabe sei, schnell zu praktischen Vorschlägen zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder herstellen.

Auf diese Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission, Herr Barthou, die Gründe dar, die die Reparationskommission veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Reiz und ein Programm.

Die Reparationskommission schätze belde um so höher, als sie von einer durch ihre amtliche Stellung am meisten qualifizierten Persönlichkeit herrühren. Was das Zeugnis anlangt, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegt, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern. Es werde das erste Blatt des Altentwürfs sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlangt, so habe der Reichskanzler mehr Fragen aufgeworfen, als Antworten gegeben. Diese Fragen seien indes durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fielen. Die Stabilisierung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Budgets niemand bestreite. Die Reparationskommission dankt dem

Reichskanzler für sein Versprechen, an den Verhandlungen mit völliger Aufmerksamkeit und Ehrlichkeit mitzuarbeiten. Es handle sich darum, möglichst schnell das Ziel zu erreichen, das gemeinsam ins Auge gefaßt werden sei. Die Reparationskommission hoffe, in allen Dienststellen, die an den Verhandlungen teilnehmen werden, jenen guten Willen anzutreffen, von dem der Kanzler gesprochen habe. Die Kommission sei bereit, um einen kranken Körper zu behandeln, um den Ausbruch des Kanakris zu verhindern. Es sei daher notwendig, daß sie die ganze Aufmerksamkeit und alle Anzeichen der Krankheit kennen lernen. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Bei diesem Antritt an die Arbeit sei die Parole: **Arbeiten wir!**

Es wurde darauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den beteiligten deutschen Ressorts hat heute nachmittag im Reichsfinanzministerium stattgefunden. Die weiteren Besprechungen dürften sich voraussichtlich in der Form abspielen, daß die Reparationskommission mit den beiden Kommissionen, die bei den letzten Pariser Verhandlungen in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers gebildet wurden, verhandelt wird. In diesen Beratungen werden voraussichtlich auch die ausländischen Finanzsachverständigen teilnehmen. Nachdem die Probleme mit den Delegierten der Reparationskommission in diesen beiden Gruppen besprochen sind, dürften sich die Kommissionen zu gemeinsamer Beratung vereinigen, um die Verhandlungen zum Abschluß zu führen. Man nimmt an, daß die Berliner Verhandlungen etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen werden. Die verlaute, dürfte das Schwergewicht der Verhandlungen auf

die Mark-Stabilisierung

gelegt werden. Ob die Reparationskommission bei der Verhandlung dieses Problems bereits in Berlin bestimmte Vorschläge machen oder sich hier nur auf eine Untersuchung dieser Frage beschränken wird, steht noch nicht fest. Außer der Mark-Stabilisierung werden wahrscheinlich die deutschen Großhandelspreise, die Kohlenlieferungen und der Ausgleich des deutschen Budgets die Hauptberatungsgegenstände bilden. Zu allen Problemen dürften nicht nur von der Reparationskommission, sondern auch von der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge gemacht werden.

Heute nachmittag fand eine Kabinettsitzung statt, in der über die in den Verhandlungen mit der Kommission zur Erweiterung kommenden Fragen noch einmal beraten wurde. Im Zusammenhang mit den beginnenden Reparationsverhandlungen fand gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium eine Sitzung über die Kohlenlieferungen an die Entente statt. An diesen Besprechungen nahmen der Vertreter der zuständigen Ministerien, sowie Vertreter der Kohlenproduzenten und -Konumenten, insbesondere Vertreter der Großindustrie, wie Siemens, Altkamer, Thyssen und Hülsen, teil. Man war allgemein der Ansicht, daß die Kohlenlieferungen der Entente unerfüllbar seien, insbesondere weil die deutsche Industrie infolge des Marktkrisis nicht mehr in der Lage sei, ihr Defizit durch die Einfuhr ausländischer Rohstoffe zu decken. Es ist wahrscheinlich, daß die deutschen Industriellen bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission über das Kohlenprogramm als Sachverständige hinzugezogen werden.

Generalsekretär der Faschisten und ein intimer Freund Mussolinis, erklärt, daß der Faschismus keine Parteilichkeit besitze, sondern zum Besten und gemeinsam mit der ganzen Nation regieren wolle. Alle Freiheiten sollen erhalten werden, wenn sie nicht gegen das nationale Interesse verstoßen. Wer sich an Nationalismus wende, sei ein Verräter, der gegen das Land intrigiert, behandelt werden. Das größte und schwierigste Problem des Ministeriums werde die Wiederherstellung der Finanzen und die Deckung des Budgets sein, die nicht durch neue Steuern, sondern durch drastische Verminderung der Ausgaben erreicht werden soll. In der auswärtigen Politik werde Italien entschieden gegen kriegerische Abenteuer sein, dagegen werde die Regierung ebenso entschieden immer das Prestige Italiens als große Nation wahren. Der „Corriere della Sera“ in Mailand wurde am Erscheln verhindert, weil er gegen den Faschismus protestiert hatte. Die Bureau des „Secolo“ wurden überfallen und die Maschinen beschlagnahmt, weil der „Secolo“ die faschistische Bewegung angegriffen hatte.

Angora gegen Konstantinopel.

Konstantinopel, 31. Okt. (Reuter.) Der Vertreter der Regierung von Angora hat dem Oberkommissar zwei Noten ausgedient. Die erste erklärt sich mit Lausanne als Ort der Tagung einverstanden, die zweite protestiert gegen die Einberufung der Konstantinopeler Regierung in die Einladungen, die sie als eine Verzerrung des Geistes des Abkommens von Mudanya bezeichnet. Die Note bemerkt, dies werde vielleicht die Vertreter Franzosen zwingen, von der Teilnahme an der Konferenz Abstand zu nehmen.

Der Prozeß des Reichsfinanzministers Dr. Hermes gegen die „Freiheit“.

Drachmeldung unter Berliner Schriftleitung!

Berlin, 31. Oktober. Vor dem hiesigen Landgericht begann am Montag der Verleumdungsprozeß des Reichsfinanzministers Dr. Hermes gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, Richard Densel. Gegenstand der Anklage ist eine Artikelserie, in der dem Minister Hermes vorgeworfen wurde, daß er als Gegenleistung für billige Weinlieferungen des Wingerverbandes für Wiesel, Saar und Rur dem Verbands finanzielle Unterstützung und erhebliche Zuzuerwendungen verschafft habe. Der Angeklagte erklärte, er wolle den Beweis dafür erbringen, daß Minister Hermes sehr niedrige Preise für die ihm gelieferten Weine berechnete erhalten hat, und daß die Weinlieferungen als Geschenk anzusehen seien. Er könne das Verhalten des Ministers nicht anders als mit dem Worte Korruption bezeichnen. Er werde den Beweis dafür erbringen, daß Dr. Hermes als Ernährungsminister von Personen und Verbänden, über deren Beiträge, auf Zuzuerleistungen er zu entscheiden hatte, Wein- und Sekkellieferungen weit unter dem landesüblichen Preise erhalten habe. Ueber die Zuzuerleistungen und wie er zu den Weinkäufen gekommen sei, erklärte Dr. Hermes folgendes: Als Leiter der land- und forstwirtschaftlichen Section kam ich im Sommer 1919 auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Kerschel mit Vertretern des Wingerverbandes in Verbindung, die zur Bekämpfung von Reichshindernissen aus dem für diese Zwecke angesammelten Fonds eine Unterstützung in Höhe von 50 000 Mk. forderten. Mein Hilfsarbeiter, Oberregierungsrat v. Peimburg, führte die Einzelverhandlungen, und es wurde dem Wingerverband für Wiesel, Saar und Rur schließlich der gewünschte Betrag, dem Deutschen Weinbauverband zu gleichen Zwecken eine Summe von 25 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Sehr eingehend äußert sich Dr. Hermes über

die Zuzuerleistungen

für das Weinjahr 1920, also zu einer Zeit, als er bereits das Reichsernährungsministerium übernommen hatte. Er habe in dieser Frage immer nur große Rücksicht angegeben, sich aber um die Einzelheiten nicht gekümmert. Nachdem die Verleumdiger des Beklagten längere Zeit Fragen an den Zeugen Dr. Hermes über die Art der Zuzuerleistungen gestellt hatten, um darzutun, daß die Sonderzuweisung keinem tatsächlichen Bedürfnisse entsprungen habe, wurde Minister Dr. Hermes ausführlich über

die Weinlieferungen des Wingerverbandes

vernommen. Er erklärte, daß er vom Ministerialdirektor Dr. Deukamp davon gehört habe, daß man sich beim Wingerverband gute Weine zu billigen Preisen verschaffen könne, und er habe danach gehandelt. — Vorl.: Rannien Sie, als Sie die Bestellungen machten, bereits Verren des Wingerverbandes? — Minister Hermes: Ja wohl. — Vorl.: Wie kam die erste Sendung an Sie an? — Minister Hermes: Die Sendung traf ein, als ich bereits im Reichsfinanzministerium war. Ich fragte den Ministerialdirektor Dr. Deukamp, was der Wein kostete, und sandte, als mir gesagt wurde, die Flasche kostete drei Mark, das Geld ab. — Vorl.: Diese Weinlieferung ist auf der Bahn geraubt worden? — Minister Hermes: Der Regierungsrat hatte stellte eine Verabbarung fest. Er hat dann ein Telegramm an den Wingerverband über den Vorgang abgeschickt und um eine Originalrechnung gebeten. — Vorl.: Herr Regierungsrat hatte steht zu Ihrer Verfügung? Es war mir bisher nicht bekannt, daß ein höherer Beamter zu privaten Aufträgen benutzt werden kann. Was habe benutzten Sie nun zur Erledigung einer Angelegenheit, die doch immerhin peinlich für Sie geworden ist, einen fremden Menschen? Wir ist es bisher jedenfalls fremd gewesen, daß Beamte private Aufträge ihrer Vorgesetzten erledigen, und ich muß sagen, ich für meinen Teil würde für eine solche Aufgabe danken. — Minister Dr. Hermes: Es handelte sich ja auch hier nur um eine Ausnahmefälle. Es geschah in besonderen Fällen, daß ich, um meine Arbeitskraft zu sparen, einen Beamten meiner Umgebung für besondere Angelegenheiten verwendete. — Vorl.: Man könnte hier auf den Gedanken kommen, daß Sie, Herr Minister, für die geräubten Weine höhere Preise, als die wirklich gezahlten, bei einem etwaigen Schadenersatzanspruch in Anrechnung bringen wollten. — Minister Dr. Hermes: Dieser Gedanke ist mir nie gekommen. — Vorl.: Das Telegramm über die berandete Sendung ist laut Aktenvermerk durch das Bureau des Ministeriums gegangen; es war doch eigentlich eine Privatangelegenheit. — Minister Dr. Hermes: Gewiß, das leugne ich nicht. — Vorl.: Sie haben dann von dem Direktor des Wingerverbandes, Faust, mit der Rechnung auch eine Mitteilung erhalten, in der es heißt:

„Es ist nicht leicht, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen. Der Wein kostet pro Flasche 3 Mk. Aber das ist selbstverständlich nicht der heutige Handelswert, und dieser kann nur in Frage kommen, wenn Sie für Ihre bezahlte Sendung Entschädigung verlangen wollen. Ich habe deshalb eine Rechnung geschrieben und die Preise eingelebt, die heute im Handel gezahlt werden, und ich hoffe, damit Ihrem Zwecke entsprechend gebient zu haben.“

Also muß Herr Faust doch wohl angenommen haben, daß Sie, Herr Minister, die bezahlte Sendung reklamieren wollten? — Minister Dr. Hermes: Ich möchte annehmen, daß Direktor Faust sich auf den Standpunkt stellte, daß ich

Die Aenderung des Umlagegesetzes.

Berlin, 31. Okt. Das Gesetz zur Aenderung des Umlagegesetzes ist inzwischen veröffentlicht worden; es stellt eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage für Roggen auf 28 810 Mk., für Weizen auf 30 800 Mk., für Gerste auf 27 300 Mk., für Hafer auf 26 500 Mk., die Löhne vor, also rund eine Verdoppelung des bisherigen Preises. Die weiteren sind in dem Gesetz die Ablieferungsfristen für das zweite und dritte Drittel der Umlage geändert worden, das bis zum 31. Dezember 1922, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April 1923 je ein weiteres Drittel der Umlage zu liefern ist, und daß für jedes dieser Drittel der Preis nach dem im Gesetz vom 1. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angeordneten Verfahren festzulegen wird. Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Ablösung der Ablieferungsfrist von Originalsaatgut durch einen Geldbetrag ausgedehnt worden auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsaussaat. (W. T. B.)

Einigung über die Staatsarbeiterlöhne.

Berlin, 31. Okt. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne im November haben heute nachmittag im Reichsfinanzministerium zu einer Einigung geführt.

Das innerpolitische Programm der Faschisten

Rom, 31. Okt. Die Allgemeine Arbeitervereinsung fordert das Proletariat auf, diejenigen Parteien und Organisationen mit Unterstützung zu betrachten, die einen Generalkrieg vorbereiten wollen. Die „Masse“, das reformsozialistische Organ, ist bekannt, daß sie die kommunistische Partei aufgeführt habe. Die kommunistischen Deputierten werden ihre Mandate niederlegen. Bianchi, ber

Dollar (Amtlich): 4500